

Die Grossen sollen zahlen. Barack Obama und Nicolas Sarkozy führten die Maskenparade an, mit der Klimaaktivisten in Bangkok für eine gerechte Verteilung der Klimaschutzauflagen demonstrierten. Foto Keystone



Kluft zwischen armen und reichen Ländern

In Bangkok wurde über die rechtliche Form des Weltklimavertrags gestritten

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Bei den Klimaverhandlungen in Bangkok gab es Fortschritte – und Differenzen. Zum Entsetzen der Industrieländer wollen die Industriestaaten das Kyoto-Protokoll durch ein neues Abkommen ersetzen.

Bei den am Freitag zu Ende gegangenen Klimaverhandlungen in Bangkok, wo mehr als 1500 Beamte und Experten an dem Textentwurf für einen Weltklimavertrag arbeiteten, seien «echte Fortschritte» erzielt worden, sagt Yvo de Boer, der Leiter der Verhandlungen. Was jetzt noch fehlt, sind allerdings die eigentlichen politischen Entscheidungen.

Sie können nicht von den Klimaunterhändlern getroffen werden, sondern liegen in der Verantwortung ihrer Chefs, den Politikern. Diese müssen nun Reduktionsziele für die CO₂-Emissionen ihrer Länder vereinbaren. Und: Sie müssen Geld lockermachen. «Ohne diese Entscheidungen hatten wir hier sehr

konstruktive Gespräche – für nichts», sagt de Boer.

In welche Richtung diese Entscheidungen gehen müssen, demonstrieren die Norweger: Sie haben angekündigt, ihre CO₂-Emissionen bis 2020 nicht um 30, sondern um 40 Prozent gegenüber 1990 senken zu wollen. Damit entsprechen sie der Forderung der Industrieländer, dass die Industriestaaten ihre Emissionen um mindestens 40 Prozent senken. Und auch bei der Frage der Finanzierung von Klimaschutz und Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zeigt sich Bewegung: Während die EU-Kommission bereits über konkrete Zahlen redet, haben die Amerikaner zumindest ihre Zahlungsbereitschaft erneut bekräftigt.

ENTSCHEIDUNG IN KOPENHAGEN. Diese politischen Fragen werden aber erst auf den letzten Drücker bei den Abschlussverhandlungen im Dezember in Kopen-

hagen entschieden werden können. Dabei dürften Reduktionsziele und die finanziellen Beiträge gegeneinander aufgerechnet werden: Wer mehr CO₂ spart, zahlt weniger – und umgekehrt.

In Bangkok ist derweil ein hitziger Streit um die rechtliche Form, die «Verpackung», des erhofften Verhandlungsergebnisses entbrannt: Derzeit gibt es zwei Verträge, die UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel, kurz UNFCCC, und das in der Öffentlichkeit bekanntere Kyoto-Protokoll. Während das UNFCCC Entwicklungs- wie auch Industrieländer und insbesondere die USA in die Pflicht nimmt, sieht das Kyoto-Protokoll nur für Industrieländer (ohne USA) Emissionsreduktionen vor.

Die USA schlagen nun vor, das Kyoto-Protokoll stillzulegen und einen einheitlichen Vertrag für alle Länder zu schaffen. Bislang wurde diese Position einzig von Japan geteilt. In Bangkok hat nun aber auch die EU signalisiert, dass

sie ein einheitliches System dem Kyoto-Protokoll vorzieht.

Die Entwicklungsländer sind über diesen Vorschlag entsetzt und bestehen auf der Beibehaltung des zweigleisigen Systems. Sie befürchten, dass anstelle des völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Protokolls die Industrieländer nun nur noch unverbindliche Reduktionsziele abgeben. Für de Boer ist die ganze Aufregung allerdings verfrüht: «Das ist, wie wenn man sich über das Geschenkpapier für ein Geschenk streitet, das man erst noch kaufen muss.»

Wie Inhalt und Verpackung des Weltklimavertrags aussehen, ist also weiter nur schemenhaft zu erkennen. Klar scheint nur, dass die Zeit nicht reicht, um ein Abkommen in allen Details auszuhandeln. «Ziel ist, sich auf die Grundlinien für ein Rahmenabkommen zu einigen», sagt Elliot Diringer, Spezialist für Klimapolitik am Pew Center, einem amerikanischen Thinktank. «Das

Problem ist, dass das US-Klimagesetz wohl nicht bis Kopenhagen fertig wird.»

DIE WICHTIGEN FRAGEN. Damit das Verhandlungsergebnis in Kopenhagen als Erfolg gewertet werden kann, muss es für Diringer Klarheit in zwei Fragen schaffen. Zum einen bezüglich der mittelfristigen Reduktionsziele: Um wie viel reduzieren alle Industrieländer zusammen ihre Emissionen und was machen die grossen Entwicklungsländer bis 2020? Die andere Frage betrifft die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer: Wie viel Geld bekommen diese Länder für den klimafreundlichen Umbau ihrer Volkswirtschaften? Stammt das Geld aus öffentlichen oder privaten Mitteln? Wie wird es verteilt?

Würden diese Fragen geklärt, könne die Konferenz in Kopenhagen ein «riesiger Erfolg» werden, sagt Elliot Diringer. Wie die Verpackung genau aussehen wird, sei dann zweitrangig.

Warten auf das Gesetz

USA werden mit leeren Händen zum Gipfel reisen

DIETMAR OSTERMANN, Washington

Wenige Wochen vor dem Weltklimagipfel im Dezember in Kopenhagen ist die US-Regierung auf dem rhetorischen Rückzug.

Zwar hatte Präsident Barack Obama noch unlängst beim UN-Klimatreffen in New York die Welt in einem dramatischen Appell zum gemeinsamen Kampf gegen die Erderwärmung aufgerufen. Andernfalls drohe eine «unumkehrbare Katastrophe», warnte der inzwischen frischgebackene Friedensnobelpreisträger. Immer klarer aber zeichnet sich ab, dass die US-Delegation einmal mehr mit leeren Händen nach Kopenhagen fahren könnte. Obamas Klimaberaterin Carol Browner hat bereits die Hoffnung fahren lassen, dass der US-Kongress noch vor dem Gipfel ein Klimagesetz verab-

John Kerry und Barbara Boxer eine Gesetzesinitiative ein, die die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zurückfahren will. Selbst wenn Ausschüsse und Plenum die Novelle noch behandeln sollten, gilt es praktisch als ausgeschlossen, dass bis Dezember ein unterschrittsreifes Klimagesetz auf Obamas Schreibtisch landet.

Doch ohne Klimagesetz gerät die US-Regierung in Kopenhagen in eine vertrackte Lage: «Stimme im Ausland nur Dingen zu, die du zu Hause umsetzen kannst», hat der US-Unterhändler David Sandalow als Parole ausgegeben. Dahinter steckt die Erinnerung an 1997: Damals unterzeichnete die Regierung von Bill Clinton zwar das Kyoto-Abkommen. Der US-Senat aber liess das Klimaprotokoll später krachend durchfallen. Die Obama-Regierung will deshalb in Kopenhagen keine Versprechen machen, die sie nicht halten kann.

GESETZ BIS 2010. In der Folge haben US-Klimadiplomaten die Erwartungen deutlich gedrosselt. Wichtiger als ein vom Kongress verabschiedetes Gesetz sei es, der Welt deutlich zu machen, dass es in der US-Klimapolitik Fortschritte gebe, heisst es. Kopenhagen wird jetzt in Washington eher als «Beginn eines Prozesses» beschrieben, der Blick richtet sich auf die Folgekonferenz 2011. So könnte der Kongress Zeit gewinnen, um vielleicht 2010 ein Klimagesetz zu verabschieden.

Vor allem in Europa freilich lösen solche Äusserungen Entsetzen aus. Für eine Einigung mit den grossen Schwellenländern wie China gilt eine klare Verpflichtung der USA zu mittelfristigen Reduktionszielen als Voraussetzung. Dass sich die Obama-Regierung mit Hinweis auf den blockierten Kongress bislang sträubt, halten Kritiker für eine Verhandlungstaktik. Zumal das Weisse Haus selbst immer wieder auf einen zweiten Weg hingewiesen hatte: Nachdem die Obama-Regierung den Klimakiller CO₂ zu einem Schadstoff erklärt hat, könnte das Umweltministerium auf eigene Faust strenge Richtlinien erlassen.



Forderung. Die CO₂-Emissionen müssen gesenkt werden. Foto Keystone

schiedet. «Wir würden den Prozess gerne zu Ende gebracht haben», sagte Browner, «das wird nicht gelingen.»

OBEGRENZEN. Das Repräsentantenhaus hatte im Juni mit hauchdünner Mehrheit den «American Clean Energy and Security Act» verabschiedet. Die Novelle sieht erstmals in der US-Geschichte Obergrenzen für den Ausstoss von Treibhausgasen vor. Bis 2020 sollen die Emissionen gegenüber 2005 um rund 17 Prozent gesenkt werden. Weil seit Monaten aber der Streit um die Gesundheitsreform in Washington alle Energien bindet, hat sich der Senat mit der Klimagesetzgebung bislang nicht befasst. Erst im September brachten auch hier die Demokraten

ANZEIGE

DIE EINZIGE WELTSTADT, DIE NICHT DIE WELT KOSTET.



Berlin individuell entdecken. 2 Übernachtungen inkl. Frühstück + Berlin WelcomeCard ab 74 Euro p.P./DZ. Jetzt buchen: www.visitBerlin.de, +49-(0)30-25 00 23 45

VON BERLIN HAT MAN MEHR.

www.visitBerlin.de

Berlin
Tourismus